



Freie Demokraten



Fraktion
Region Hannover **FDP**

NEWSLETTER 04/2019

Dezember 2019

Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der FDP in der Region Hannover, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der 4. Ausgabe 2019 unseres Newsletters informieren wir Sie wieder über aktuelle politische Themen aus der Regionsversammlung, die erste Fraktionsfachtagung der FDP-Regionsfraktion zum Thema „Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“ sowie Anträge.

Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. - Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze, Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion bringt Antrag zur Wahlfreiheit bei KFZ-Kennzeichen ein:

Der Antrag enthält die folgenden Forderungen:

1. Einwohnerinnen und Einwohnern der Region Hannover mit Wohnsitz in den sogenannten Altkreisen Burgdorf, Neustadt am Rübenberge und Springe innerhalb der Region Hannover wird es auf Antrag ermöglicht, die vormalig in ihrem Gebiet gültigen KFZ-Kennzeichen BU, NRÜ und SPR wieder nutzen zu können.
2. Die Region Hannover etabliert dieses zusätzliche und für die Region Hannover kostenneutral auszurichtende Serviceangebot in ihren KFZ-Zulassungsstellen.

Die Verwendung tradierter KFZ-Kennzeichen soll selbstverständlich als freiwilliges zusätzliches Angebot eingerichtet werden. Die tradierten KFZ-Kennzeichen bieten zusätzliche Chancen zur Vermarktung der Städte und Gemeinden im Bereich des Tourismus und in der Wirtschaftsförderung. Viele lokal verankerte Gewerbebetriebe und Unternehmen möchten hiermit gerne ihre Verbundenheit zum Firmenstandort zum Ausdruck bringen.



Die FDP-Fraktion vertritt die Meinung, dass die traditionsreichen KFZ-Kennzeichen zur Identitätsstiftung der Menschen in den Kommunen der Region Hannover beitragen: Starke Kommunen bilden eine starke Region Hannover! Leider wurde der Antrag von der Regionsversammlung mehrheitlich abgelehnt. Die FDP-Fraktion wird in der neuen Wahlperiode dran bleiben.

Überblick

Wahlfreiheit bei KFZ-Kennzeichen: FDP-Fraktion bringt Antrag ein

1. Fachtagung der FDP-Regionsfraktion „Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“ am 04.09.2019

Konkrete Maßnahmen für Effizienz im Klimaschutz: Interfraktioneller Antrag

Pilotprojekt Countdown-Ampeln: Vorschlag von Schulklassen aus Pimp-your-town-Projekt aufgegriffen

Kulturpolitisches Gespräch mit der FDP-Landtagsfraktion auf Schloss Marienburg in Pattensen

Gespräch mit dem Landvolkkreisverbandsvorsitzenden Volker Hahn

Haushalt 2020: FDP-Fraktion unterstützt Absenkung der Regionsumlage-Hebesätze

FDP-Fraktion lehnt Abfallgebührenerhöhungen ab

Termininformationen

20.02.20: 2. Fraktionsfachtagung zum Thema „Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“, 17:30 Uhr, Regionshaus, Hannover

Mai 2020: Geplant: Fraktionsfachtagung zum Themenschwerpunkt „Landwirtschaft“

Impressum

FDP-Fraktion Region Hannover

Anschrift: Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover

Büro: Osterstraße 60, 30169 Hannover

Telefon: 0511-616-22196

E-Mail: fdp@regionsversammlung.de

www.fdp-fraktion-region-hannover.de

Facebook: [@fdpfraktionregionhannover](https://www.facebook.com/fdpfraktionregionhannover)

Twitter: [@FDPRegion](https://twitter.com/FDPRegion)

Fachtagung der FDP-Regionsfraktion zum Nahverkehrsplan 2020 in der Region Hannover:



Im Rahmen der Fraktionsfachtagung zur Neuauflistung des Nahverkehrsplans 2020 der Region wurde über zukünftige Anforderungen an Infrastruktur und Verkehrsangebot im ÖPNV diskutiert. Verkehrsdezernent Ulf-Birger Franz verdeutlichte den Handlungsbedarf zum Ausbau der ÖPNV-Struktur anhand der Entwicklung der Fahrgastzahlen im Zuständigkeitsgebiet des Großraum Verkehr Hannover (GVH): Waren im Jahr 2006 noch rund 173 Millionen Fahrgäste mit öffentlichen Verkehrsunternehmen gefahren, nutzten im Jahr 2018 bereits rund 220 Millionen Menschen die Verkehrsangebote des ÖPNV in der Region Hannover.



Mit Inkrafttreten des Fahrplans 2020 im (GVH) Mitte Dezember 2019 erfolgte nun eine Angleichung der Tarifzonen für eine bessere Transparenz im Preisangebot. Eine erste Auswertung erfolgt bei der zweiten FDP-Fraktionsfachtagung am 20.02.2020.

Der Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover gewährleistet einen regionalen Mindestbedienungsstandard: Alle Ortsteile in der Region Hannover, ohne das Stadtgebiet Hannover, für das eigene Standards gelten, sollen zwischen 5 und 23 Uhr mindestens alle zwei Stunden und zur Hauptverkehrszeit mindestens ein Mal pro Stunde ans Zentrum ihrer Kommune und an das Zentrum der LHH angebunden sein. Angestrebt wird ein Zielerreichungsgrad von 90% des genannten Standards.

Für das Stadtgebiet Hannovers soll folgender Mindestbedienungsstandard gelten:

Innerhalb der Landeshauptstadt Hannover und der zentralen Bereiche der Mittelzentren in der Region Hannover sollen in maximal 500 m Luftlinie bei Bus- und Bedarfsverkehr sowie in maximal 750 m Luftlinie beim Schienenverkehr alle bedeutenden Siedlungsbereiche mit mindestens 250 Einwohnerinnen und Einwohnern an eine Haltestelle mit einem ausreichenden Bedienungsangebot angebunden sein.



Michael Fischer, Pressesprecher der Moia GmbH, berichtete über das Kooperationsprojekt von Moia mit der üstra AG auf der sogenannten „Letzten Meile“.

Von Anfang Juli bis Ende September 2019 lief ein Pilotprojekt eines Zubringerdienstes von Moia für den ÖPNV im Stadtgebiet Hannovers in folgenden Einzugsbereichen: 1.) Vahrenwald/List/Hainholz/Herrenhausen, 2.) Linden/Limmer/Ricklingen/Badenstedt/Davenstedt und 3.) Kirchrode/Bemerode/Wülferode/Mittelfeld/Döhren/Wülfel. Im Umfeld der Stadtbahnhaltestellen Schaumburgstraße, Am Soltekanpe und Brabeckstraße konnten Fahrgäste zum festen Zubringerpreis von 3,- € in einem Gebiet bis zu 3 km rund um diese Stadtbahnhaltestellen im Rahmen des „Letzte Meile Transfers“ befördert werden. Intention von Moia: Beweis antreten, dass das sogenannte „Ridepooling“ der Schlüssel zu einer effizienten Straßennutzung sein kann und sowohl der fahrende und der ruhende Verkehr sowie der Parksuchverkehr durch dieses neue Mobilitätsangebot entlastet werden könnten.

Fazit der FDP-Fraktion: Im Fokus stehen sollen Angebotsverbesserungen im Gebiet der stetig wachsenden Landeshauptstadt Hannover bei gleichzeitiger Sicherung einer angemessenen Grundversorgung auch ländlicherer Gebiete in der Region Hannover. Außerdem steht die optimale Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsangebote auf der Agenda der FDP-Fraktion.

Maßnahmen für mehr Effizienz im Klimaschutz - Interfraktioneller Antrag fordert eine Konkretisierung des Klimaschutzprogramms der Region Hannover und die Festlegung von verbindlichen Zielen:

Der beschlossene interfraktionelle Antrag soll den völkerrechtlich verbindlich vereinbarten Klimaschutzziele auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris vom 12.12.2015 in der Region Hannover besser entsprechen. Auf kommunaler Ebene wird ein verbindlicher Handlungsrahmen als Orientierungshilfe für die auf Bundes- und Landesebene greifenden Klimaschutzgesetze erarbeitet. Ziel: Mehr Effizienz und ein höherer Wirkungsgrad im Klimaschutz.

Aktuelle technologische Entwicklungen, neueste wissenschaftliche Expertisen und Erkenntnisse des öffentlichen Diskurses sollen in der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Region Hannover berücksichtigt werden.

Damit dies gelingt, werden Politik und Verwaltung weiterhin den Dialog und die Diskussion mit dem Kuratorium Klimaschutz und klimapolitischen Initiativen wie Fridays for Future suchen. Darüber hinaus sollen jährlich Berichte zu den klimapolitisch relevanten Sektoren erfolgen, u. a. zum Wärmesektor, zum Gebäudesektor, zu Wind- und Solarenergie sowie im Verkehrssektor.

Mit Beschluss des interfraktionellen Antrags wurde die Regionsverwaltung beauftragt, folgende konkrete Maßnahmen zur Klimaoptimierung umzusetzen:

1. Ein Fonds für die einmalige Förderung von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für Elektro- oder Wasserstoffautos soll eingerichtet werden.
2. Moorschutz ist Klimaschutz. Aus diesem Grund soll ein Ankaufprogramm von weiteren Moorflächen zur Moorvernässung aufgelegt werden.
3. Bei zukünftigen Beschaffungen der Region Hannover (z. B. von Fahrzeugen und auch Verbrauchsmaterial) wird der Klimaaspekt berücksichtigt, wenn es die rechtlichen Rahmenbedingungen zulassen.
4. Bei den Drucksachen für die politische Beratung werden neben den finanziellen Auswirkungen auch mögliche Auswirkungen auf die Umwelt dokumentiert (ja/nein und wenn ja, welche).
5. Der Wald als Klimaschutzfaktor soll eine stärkere Stellung bekommen. So soll ein Förderprogramm zum klimafreundlichen Aufforsten von Waldflächen eingerichtet werden. Begleitet



werden sollen diese Maßnahmen durch waldökologische Beratungsangebote, die durch die Region Hannover zur Verfügung gestellt werden.

6. Gemeinsam mit dem Landvolk, den Naturschutzverbänden (z.B. BUND und Nabu) und der Regionsverwaltung soll ein Konzept bis Oktober 2020 erarbeitet werden, welche Maßnahmen erforderlich sind, um Waldflächen an den Klimawandel anzupassen. Das Ziel muss es sein, mindestens zehn Prozent der Waldfläche als Naturwald zu belassen und einen Laubbaumanteil von über 65 % zu erreichen.
7. Wie in der Präambel beschrieben, wird die Verwaltung aufgefordert, jährliche Berichte zu den klimapolitisch relevanten Sektoren zu geben. Dazu gehören u.a. der Wärmesektor, der Gebäudesektor, die Windenergie, die Solarenergie und der Verkehrssektor.
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Intervalle der Veröffentlichung der CO₂-Bilanzen zu verkürzen. Aus politischer Sicht ist ein Intervall von zwei bis drei Jahren anzustreben.
9. Die Verwaltung wird aufgefordert, sich im Rahmen des geplanten Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung zur Stärkung des ÖPNVs durch die Einführung von „365 Euro Jahrestickets“ als Modellkommune zu bewerben. In diesem Zusammenhang soll auch der Einsatz und die Verbreitung von Ridesharing in der Region Hannover geprüft werden.
10. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz trifft sich einmal jährlich mit dem Klimawissenschaftsrat der Klimaschutzregion Hannover, um den Sachstand der Umsetzung aus diesem Antrag zu überprüfen und zu erörtern.

Interfraktioneller Antrag „Pilotprojekt Countdown-Ampeln installieren“ beschlossen:

Beschlussvorschlag des Antrags:

Die Regionsverwaltung wird beauftragt, sogenannte Countdown-Ampeln für Fußgängerinnen und Fußgänger an neuzubauenden oder zu sanierenden Lichtsignalanlagen, die aufgrund ihrer Lage geeignet sind und im Zuständigkeitsbereich der Regionsverwaltung liegen, zu installieren.

Zum Hintergrund: Im Rahmen des diesjährigen Planspiels „Pimp Your Town! Region Hannover“ ist eine Antragsidee zum Thema „Countdown-Ampeln“ von den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern beschlossen worden. Die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben diesen Vorschlag aufgegriffen und bringen den o. g. Beschlussvorschlag ein. Hamburg, München und Düsseldorf haben sie schon: Sogenannte „Countdown-Ampeln“. - An Ampeln mit Countdown-Anzeige zeigen zusätzliche Digitaldisplays die verbleibenden Sekunden der aktuellen Phase (grün oder rot) bis zum Umspringen auf die nächste Phase an. Die Digitaldisplays können sowohl für den Kfz-Verkehr, als auch für den Fußgänger- und Radverkehr installiert werden.

Der Einsatz von Countdown-Anzeigen hat zum Ziel, die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer über die verbleibende Rot- und Grünzeit zu informieren. Hierdurch kann die Disziplin von Fußgängerinnen und Fußgängern und Radfahrerinnen und Radfahrern



verbessert werden, die verbleibende Zeit bis zur nächsten Grünphase abzuwarten und nicht bereits vorher die Straße zu passieren. Umgekehrt können Fußgänger auch besser einschätzen, ob ein Passieren der Straße für sie individuell noch umsetzbar ist.

Im Kfz-Verkehr kann der Verkehrsfluss verbessert werden, da die Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer ihre Fahrzeuge effizienter starten können. Darüber hinaus ist im aktuellen Gleichstellungsbericht der Region Hannover für den Berichtszeitraum 2013-2015 unter der Rubrik „Planung und Bau von Verkehrsinfrastruktur“ ein Hinweis erfolgt, dass ein möglicher Weg zum Erreichen des Ziels der Schaffung eines barrierefrei nutzbaren öffentlichen Straßenraums die Einrichtung von kurzen Wartezeiten an Ampeln für Fußgängerinnen und Fußgängern und Radfahrerinnen und Radfahrern sei.

Kulturpolitisches Gespräch: Besuch von Schloss Marienburg bei Pattensen mit der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag - Neukonzeption der Ausstellung soll mehr Besucher anlocken:

Thematisiert wurde insbesondere die beabsichtigte Gründung einer Stiftung zum 01.01.2020. Perspektivisch wird die inhaltliche Neu-Konzeption von Ausstellungen angestrebt. Für die EU-Förderperiode 2021 - 2027 wird geprüft, ob Fördermittel in Bezug auf EFRE- bzw. ELER-Förderprogramme akquirierbar sein könnten. Durch die positiven Signale auf Bundesebene zur finanziellen Unterstützung könnte eine Neukonzeption sowie eine erfolgversprechende Ausrichtung als Ganztagesangebot für Schulklassen möglich werden. Im Oktober/November 2019 ist eine Unterrichtung zum aktuellen Stand der Planungen im Kultusausschuss des Niedersächsischen Landtags erfolgt.



V.l.n.r.: Thomas Siekermann, Daniel Farnung, Susanne Schütz (MdL), Christiane Hinze, Björn Försterling (MdL), Klaus Nagel, Dr. Stefan Birkner (MdL) und Sylvia Bruns (MdL)

Mit Volker Hahn, Vorsitzender des Landvolkkreisverbandes, diskutiert die FDP-Fraktion künftige Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft:

Die FDP-Fraktion hat aktuelle wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen in der Landwirtschaft vor dem Hintergrund der gesetzlichen Novellierungen im Düngegesetz und der Dünge-Verordnung mit dem Vorsitzenden des Landvolkkreisverbandes Hannover e. V. diskutiert. Fazit: Zunehmende bürokratische Anforderungen und hohe Umweltauflagen erschweren immer mehr eine wirtschaftlich auskömmliche Landwirtschaft. Zudem bestehen oft Widersprüche in den erklärten Gemeinwohl-Zielen einerseits und strikten ökologischen Ansprüchen andererseits.

Die Landwirtschaft habe im Kontext mit der letzten Änderung des Düngegesetzes, die am 16.05.2017 in Kraft trat, in Verbindung mit der Dünge-Verordnung (DüV) vom 26.05.2017 anerkannt, dass Handlungsbedarf in Hinsicht auf erforderliche Verbesserungen im Grundwasserschutz durch neue Regelungen in der Nutzung von Düngemitteln bestand, betonte Hahn. So sei in der Dünge-Verordnung von 2017 bereits fixiert, dass landwirtschaftliche Betriebe ab einer Größe von über 30 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ab 2018 eine verbindliche betriebliche Stromstoffbilanz durchführen müssen. Hierdurch soll ein nachhaltiger und ressourceneffizienter Umgang mit Nährstoffen im Betrieb sichergestellt werden.

Weitere Restriktionen im Zuge der EU-seitig geforderten Ausgestaltung einer Änderung der Dünge-VO würden laut Volker Hahn für zahlreiche Betriebe jedoch eine starke wirtschaftliche Bedrohung darstellen. Hahn befürchtet, dass insbesondere familiengeführte Betriebe das hohe Tempo und neuerliche rechtliche Verschärfungen wirtschaftlich nicht überleben könnten.

Eine wesentliche Folge sei, dass im Bereich der herkömmlichen Landwirtschaft perspektivisch nur noch industrielle Großbetriebe eine reale Überlebenschance am Markt hätten. Mit der FDP-Fraktion ist sich Hahn einig darin, dass die Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte mehr in den Fokus gerückt werden muss. Die Preise in Deutschland seien bislang im europaweiten Vergleich mit am niedrigsten angesiedelt gewesen.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion Region Hannover Christiane Hinze kennt sich mit den Vorurteilen gegenüber der Landwirtschaft gut aus:

Sie stammt aus einer Familie von Landwirten, hat die Michelsen-Schule mit Schwerpunkt Agrarwirtschaft in Hildesheim besucht, eine Ausbildung zur landwirtschaftlich-technischen Assistentin absolviert und war an der Leibniz Universität Hannover am Institut für Pflanzenernährung tätig. Sie appelliert an die zuständigen politischen Ebenen, einen Beitrag zum Abbau von wachsenden Pauschalurteilen gegenüber der Landwirtschaft in der Bevölkerung zu leisten: Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft müssten miteinander im ständigen Dialog zu den aktuellen und künftigen Herausforderungen in der landwirtschaftlichen Produktion sein. Der Sprecher für Regionalplanung der FDP-Fraktion Klaus Nagel lobt in diesem Kontext, dass der Landvolkkreisverband Hannover e. V. im Sommer dieses Jahres in Regionskommunen ausführliche Feldbegehungen zur Bürger-Information angeboten hat – wie zum Beispiel in seiner Heimatkommune in Springe-Gestorf.

Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Einsatz der Landwirte im Naturschutz und in der Umweltbildung in der Öffentlichkeit noch deutlich besser wahrgenommen wird.



Daher unterstützt die FDP-Fraktion u. a. das Projekt „Lernort Bauernhof“, das Schulkindern die Landwirtschaft im praktischen Arbeitsalltag näherbringt und erklärt. Außerdem begrüßt die FDP-Fraktion die Informations-Kampagne des Landvolkkreisverbandes Hannover e. V. „Echt grün – Eure Landwirte“, mithilfe derer der Dialog zwischen Landwirten und den Städten und Gemeinden in der Region Hannover gefördert werden soll.

Regionshaushalt 2020 - FDP-Fraktion für Entlastung der Regionalkommunen und Schuldenabbau:

Im Rahmen ihrer diesjährigen Haushaltsberatungen hat die FDP-Fraktion beschlossen, dass sie sich für eine Entlastung der 21 Städte und Gemeinden in der Region Hannover über eine Absenkung der Regionsumlage-Hebesätze einerseits und einen weiteren Schuldenabbau der Region andererseits einsetzt.

„Wir würden es sehr begrüßen, wenn zur Höhe der Regionsumlage 2020 eine einvernehmliche Verständigung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der Region Hannover erreicht werden könnte“, betont die Fraktionsvorsitzende Christiane Hinze nach der Haushaltsklausur im Oktober 2019. Da mit der großen Mehrheit der Bürgermeister mittlerweile eine Verständigung erreicht wurde, hat die FDP-Fraktion einer entsprechenden Anpassung im Haushaltsplan 2020 der Region Hannover zugestimmt.

Für den Zeitraum ab 2021 soll nach Auffassung der Freien Demokraten eine von der Regionsversammlung zu beschließende neue Verfahrensweise zur Berechnung der Regionsumlage implementiert werden, die für beide Seiten verbindlich und verlässlich ist. Die FDP-Regionsfraktion fordert, dass hierfür in einer Arbeitsgruppe der Regionspräsident, Mitarbeiter der Regionsverwaltung aus dem Service Finanzen, Regionspolitik und Hauptverwaltungsbeamte fachliche Kriterien für das Verfahren der künftigen Regionsumlage-Berechnung unter Berücksichtigung künftiger Finanzbedarfe der Region Hannover und der Regionalkommunen erörtern.

Weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Haushaltsberatungen war die Neuausrichtung der Beschäftigungsförderung der Region. Die FDP-Regionsfraktion befürwortet das Bereitstellen des Budgets, mit dem Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit vorangebracht werden sollen. Diese führen in der Folge auch zu einer Entlastung der Region Hannover bei den Aufwendungen im Sozialen Bereich.

Zum Haushaltsplan 2020 hatte die FDP-Regionsfraktion bereits im Juni 2019 einen Antrag zur Abschaffung der Jagdsteuer eingebracht. Den geplanten Erträgen in Höhe von 228.000 € sollen die Aufwendungen für die an die Jäger zu zahlenden Entgelte zur Sicherung von Unfallwild gegenübergestellt werden.

Mit der Abschaffung der Jagdsteuer könnte in der Regionsverwaltung der bisherige bürokratische Aufwand für die Erhebung der Jagdsteuer zurückgeführt werden.

Zum vorliegenden interfraktionellen Antrag unter Beteiligung der FDP-Fraktion zum Thema Klimaschutz hat die FDP-Fraktion angeregt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen des 10-Punkte-Plans des Klimapaketes mit Budgets unterlegt werden. Hierdurch soll Transparenz zum Wirkungsgrad und zu Chancen zur CO₂-Reduzierung in der Region Hannover hergestellt werden, von der alle Regionalkommunen profitieren. Zu den Größenordnungen der bereitzustellenden Mittel wird es im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz im Haushaltsjahr 2020 je aktuelle Beratungen geben.

Im Fachbereich Verkehr setzt sich die FDP-Fraktion für weitere Attraktivitätssteigerung des ÖPNV ein und hat beantragt, dass zur Stärkung des papierlosen Fahrkartenerwerbs Online-Tickets preiswerter werden. Der Preis eines GVH-Einzeltickets soll sich nach Auffassung der Freien Demokraten an den Preisen eines GVH Sammeltickets orientieren. Durch die Vereinfachung und Erweiterung der Möglichkeiten des Fahrkartenbezugs im Zuge der Digitalisierung könnten weitere Kundengruppen für den ÖPNV in der Region Hannover erschlossen werden und die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf deutlich erhöht werden.

Abschließend verständigte sich die FDP-Fraktion darauf, einen Haushaltsantrag mit der Forderung des Auslotens von mehr interkommunaler Zusammenarbeit zwischen der Region und den 21 Städten und Gemeinden in der Region Hannover einzubringen. Mehr Kooperationen bieten für alle Partner bessere Chancen auf einen effizienten Finanzmitteleinsatz zum Beispiel durch Kooperationen bei Investitionen in Bildungsinfrastruktur. Angesichts der sich langsam eintrübenden Konjunktur verspricht sich die FDP-Fraktion von mehr interkommunaler Kooperation außerdem, dass künftige Einsparpotenziale weiter erarbeitet werden können.



FDP-Fraktion lehnt Erhöhung der Abfallgebühren ab und fordert neues Abfallwirtschaftskonzept:

Die FDP-Fraktion lehnt die zum Beschluss vorgelegte Erhöhung der Abfallgebühren um durchschnittlich rund 11% ab. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) muss stattdessen Vorschläge zur Reduzierung der Kosten durch eine effizientere Struktur erarbeiten. Dies erfordert eine Überprüfung und Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes von aha. Es sollte untersucht werden, ob das Abfallwirtschaftskonzept noch den heutigen Anforderungen für die Restmüllsammlung, -verwertung und -entsorgung entspricht. Dazu gehört insbesondere auch eine Prüfung, ob die vorgehaltenen Anlagen technisch auf dem neuesten Stand sind und in Bezug auf die verfügbaren Kapazitäten optimal ausgelastet werden können.

In der Vergangenheit wurden einige Entscheidungen getroffen, die eine Wirtschaftlichkeit von aha beeinträchtigt haben - wie zum Beispiel der Bau der Biologischen Abfallbehandlungsanlage, der sogenannten „Kalten Rotte“ in Hannover-Lahe, oder die Einführung der O-Tonne, die jährliche Defizite von rund 1,5 Mio. € produzierte. Bei der Biologischen Abfallbehandlungsanlage gab es immer wieder technische Herausforderungen. Schließlich musste die Entscheidung getroffen werden, ausschließlich Bioabfälle dorthin zu verbringen, da es bei anderen für diese Anlage vorgesehenen Abfallarten wiederholt Probleme gab. So musste die Behandlung von Grünschnitt in der BA eingestellt werden. Die Anlage wird also nicht so ausgelastet wie ursprünglich vorgesehen! Dies macht deutlich, dass es jetzt angesichts der derzeitigen Kostensteigerungen gilt, nachzusteuern. Unser Ziel ist, dass eine bessere Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandes Abfallwirtschaft (aha) zumindest mittelfristig erreicht werden kann.

Aktuell steigen bei aha in einigen Bereichen die Aufwendungen für Personal stark an, während in anderen Bereichen die Erträge für Wertstoffverkäufe wegbrechen. Die zu erhebenden Abfallgebühren müssen für den Kalkulationszeitraum von immer je drei Jahren insgesamt kostendeckend sein. Mit der Drei-Jahrespanne wurde der längst-mögliche Kalkulationszeitraum gewählt, um substantielle Investitionen für zukunftsfähige Anlagen von aha realisieren zu können. Zusätzliche Gebührenerhöhungen sollten aus unserer Sicht somit weitestgehend vermieden werden. Denn solche führen mittelbar zur Erhöhung der Mietnebenkosten und belasten Vermieter wie Mieter finanziell.

Mit einem neuen Abfallwirtschaftskonzept hätten wir die Möglichkeit, das vorhandene Personal bei aha optimal einzusetzen. Ein aktualisiertes Abfallwirtschaftskonzept bietet im besten Falle die Chance, zukunftsfähige und damit sichere Arbeitsplätze verlässlich vorhalten zu können.

Am vorgelegten Beschlussvorschlag zur Erhöhung der Abfallgebühren kritisiert die FDP-Fraktion aus dem politischen Blickwinkel vor allem, dass für die Entsorgung von Restmüll in Säcken im Umland Hannovers starke Gebührenerhöhungen für den Kalkulationszeitraum von 2020-2022 vorgeschlagen wurden. Die FDP-Regionsfraktion hat sich von Anbeginn an immer für den Erhalt der Wahlfreiheit zwischen Sack oder Tonne eingesetzt und will die Menschen nicht bevormunden. Die vorgeschlagene Bevorzugung eines der beiden Entsorgungsarten durch unterschiedliche Preiserhöhungen lehnen wir daher klar ab!

Die FDP-Fraktion begrüßt jedoch ausdrücklich, dass das Mindestvolumen für Restabfall von bisher 10 Litern pro Person und Woche auf Antrag der Gebührenzahler auf 5 Liter abgesenkt werden kann. Hiermit wird ein Anreiz zur Müllvermeidung gesetzt und zugleich werden die Gebührenzahler finanziell entlastet. Ebenso begrüßt die FDP-Fraktion, dass nach langjährigen kontroversen Diskussionen über die Sinnhaftigkeit der Fortführung des Pilotprojektes „O-Tonne“ nun deren Abschaffung beschlossen wurde. Dies hätte schon deutlich früher erfolgen müssen, denn bereits im Jahr 2016 wurde klar, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene im Zuge der Erarbeitung eines neuen Wertstoffgesetzes die erhoffte gemeinsame Sammlung von Wertstoffen und Verpackungen nicht ermöglichen würde. Resultat war, dass über die O-Tonnen insgesamt viel geringere Mengen entsprechenden Materials gesammelt werden konnten als erwartet. Eine vergleichsweise schlechtere Ertragslage stand einem vergleichsweise großen Aufwand für Material und Personal für die zusätzliche Bereitstellung von O-Tonnen gegenüber. Von einer Wirtschaftlichkeit des Angebots der O-Tonne konnte also von Anfang an nicht ausgegangen werden.



Bild: Bruno Glätsch/Pixabay

Besuch der Patengruppe der FDP-Regionsfraktion im Kinder- und Jugendheim Waldhof in Barsinghausen:

Die FDP-Fraktion hat am 18.12.2019 ihre Patengruppe im Kinder- und Jugendheim Waldhof besucht: Wie in jedem Jahr seit fast 40 Jahren informierte sich die FDP-Fraktion über aktuelle Arbeitsschwerpunkte in der Betreuung und Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen am Standort in Barsinghausen. Im Rahmen des traditionellen Besuchs der FDP-Fraktion bei der Patengruppe in Haus 3 des Waldhofs wurden Geschenke an die Kinder und Jugendlichen überreicht und bei einer gemeinsamen Weihnachtsfeier wurde die Gelegenheit genutzt, mit Kindern, Jugendlichen und Personal das vergangene Jahr gemeinsam Revue passieren zu lassen.

Von der Doppelspitze der neuen Heimleitung - Matthias Brüchert für den Bereich Finanzen und Derk Wiebe für den Bereich der pädagogischen Leitung des Kinder- und Jugendheims Waldhof - erfuhr die FDP-Besuchergruppe, dass der allgemeine Fachkräftemangel nach wie vor eine große Auswirkung auf die Organisation der Arbeit des Personals im Waldhof hat. So ist in den letzten Jahren ein stetiger Zuwachs an Aufgaben und zu betreuenden Kindern und Jugendlichen, darunter auch einige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, zu verzeichnen gewesen. Das Personal an den verschiedenen Standorten der Kinder- und Jugendeinrichtung in Barsinghausen, Wunstorf und weiteren Betreuungseinrichtungen in den Kommunen Neustadt, Seelze, Ronnenberg und Uetze in der Region Hannover hat sich besonders in den Jahren 2015-2018 immer wieder sehr kurzfristig auf neue Aufgaben eingestellt. Von vormals 60 stationären Plätzen für die Heimunterbringung im Jahr 2015 wurde die Zahl der stationären und teilstationären Plätze auf aktuell 108 ausgeweitet. Derzeit sind fünf Stellen für Erzieherinnen und Erzieher nicht besetzt und die Heimleitung unternimmt vielfältige Anstrengungen, um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Besonders setzen die beiden Heimleiter Matthias Brüchert und Derk Wiebe hierbei auf die Attraktivität der Region Hannover als große regional verankerte Arbeitgeberin.

Insgesamt ist der pädagogische Leiter Derk Wiebe, der mit seinem Kollegen Matthias Brüchert die Heimleitung vor rund einem Jahr übernahm, nachdem der langjährige Leiter Dietmar Bolte in den Ruhestand gegangen war, sehr zufrieden mit der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendeinrichtung. Perspektivisch wird neben der



V.l.n.r.: Fred Wellhausen, Vorsitzender FDP-Fraktion im Rat Barsinghausen, FDP-Regionsabgeordnete Daniel Farnung und Gerhard Kier, Matthias Brüchert (Heimleitung Bereich Finanzen), 1. stv. Fraktionsvorsitzender Thomas Siekermann, Fraktionsvorsitzende Christiane Hinze, Derk Wiebe (Heimleitung Bereich Pädagogik), 2. stv. Fraktionsvorsitzender Klaus Nagel

pädagogischen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen auch die inhaltliche Arbeit mit aktuellen gesellschaftlichen oder politischen Themenschwerpunkten ausgebaut. So wurde für das nächste Jahr das Jahres-Thema „2020: Klimawandel – Was tun wir?“ ausgerufen. Geplant ist unter anderen ein Besuch beim Abfallentsorgungsunternehmen der Region Hannover (aha), um sich zum Beispiel über Fragestellungen wie optimale Mülltrennung zu informieren.

Die FDP-Fraktion war sehr erleichtert zu hören, dass nach Abschluss der erforderlichen jahrelangen Modernisierungsarbeiten zur Erfüllung der Brandschutzauflagen bei den sanierungsbedürftigen Gebäuden des Waldhofs die Kinder- und Jugendeinrichtung nun die Arbeit wieder ausschließlich auf die Betreuung und Versorgung der im Waldhof untergebrachten Kinder- und Jugendlichen ausrichten kann.

Zum Abschluss des Besuchs bedankte sich die Fraktionsvorsitzende Christiane Hinze im Namen der FDP-Regionsfraktion und des sie begleitenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen Fred Wellhausen für die Gastfreundschaft und die engagierte Arbeit des Personals des Waldhofs mit den Worten „Es ist gut, dass es Sie gibt!“.

